



**Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)**  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Dorotheenstr. 100, Zi. 5.113  
☎ (030) 227 - 77 49 3  
📠 (030) 227 - 76 04 0  
✉ hans-peter.friedrich@bundestag.de

**Wahlkreis**  
Schützenstraße 1  
95028 Hof  
☎ (09281) 77 56 7  
📠 (09281) 18 33 0  
✉ hans-peter.friedrich.wk@bundestag.de

An die Vorsitzenden  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und  
und der SPD-Bundestagsfraktion  
sowie an  
den Vorsitzenden der CSU im Bundestag

- per Mail -

Berlin, 17. Mai 2021

## **Nachbesserungen in der Carbon-Leakage-Verordnung**

Sehr geehrter Herr Brinkhaus,  
sehr geehrter Herr Dobrindt,  
sehr geehrter Herr Dr. Mützenich,

es ist ein richtiger Gedanke, durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, das produzierende Gewerbe dazu anzuregen, auf klimafreundliche Produktionsprozesse umzusteigen und in technische Alternativen zu investieren. Um die Verlagerung von Produktionen und die Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland zu verhindern, hat der Deutsche Bundestag der CO<sub>2</sub>-Bepreisung allerdings unter der Voraussetzung zugestimmt, dass jene Unternehmen entlastet werden, für die es keine technisch möglichen Alternativen gibt. Zu diesen Branchen, die auch bis auf Weiteres auf Erdgas als Prozessenergie angewiesen sind, gehören insbesondere die Keramik- und Textilindustrie, die Glasindustrie und auch große Teile der Metallindustrie.

Die vorliegende Entlastungsverordnung (Carbon-Leakage-Verordnung) ist nicht ausreichend, die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen auch künftig wettbewerbsfähig zu halten. Die vorgesehenen Entlastungen von 40 bis 50 Prozent der zusätzlich entstehenden Kosten sind zu wenig, um die Arbeitsplätze auf Dauer zu

erhalten, denn die Unternehmen können im internationalen Wettbewerb die Kosten nicht über die Produktpreise abwälzen.

Wenn jetzt nicht mit wirkungsvollen Entlastungen gegengesteuert wird, werden wir schon bald eine starke, nicht mehr umkehrbare Abwanderung unserer Betriebe und damit den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze erleben. Dem Klima ist damit nicht geholfen, denn im Ausland wird wesentlich umweltschädlicher und CO<sub>2</sub>-intensiver produziert. Und überdies schaden wir auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland, der mit dieser Art von Energie- und Steuerpolitik noch unattraktiver für Investitionen gemacht wird.

Insbesondere dem Mittelstand, der mit viel Kraftaufwand die Corona-Pandemie überstanden zu haben scheint, droht mit dieser Verordnung nun der nächste existentielle Rückschlag. Unsere mittelständischen Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahren redlich bemüht und viel investiert, um ihren Beitrag zu ökologischer Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu leisten. Sie sind unser Garant für Wachstum und Beschäftigung. Wir können sie nicht schutzlos sich selbst überlassen.

Vertreter verschiedener hochfränkischer Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften und Arbeitnehmer appellieren mit der „Selber Erklärung“ an Sie, in der Carbon-Leakage-Verordnung für wirtschaftlich verkraftbare Regelungen und gute Rahmenbedingungen zu sorgen.

Die „Selber Erklärung“ liegt diesem Schreiben bei. Zahlen, die die düsteren Prognosen für die Unternehmen belegen, sofern die Carbon-Leakage-Verordnung in der jetzt vorliegenden Fassung in Kraft tritt, kann ich bei Bedarf selbstverständlich gerne nachreichen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB